

KOMMENTAR



Drei Wegmarken

Die Lage der Koalition nach ihrem Spitzentreffen

► HAGEN STRAUSS (BERLIN)

Für ihr intensives Ringen um Ergebnisse sollte man die große Koalition nicht automatisch kritisieren. Zum Teil lassen sich die Projekte, die sie noch auf der Agenda hat, eben nicht so schnell lösen. Siehe Rente. Schon gar nicht, wenn Finanzminister Wolfgang Schäuble fehlt. Es sind komplizierte und vor allem teure Vorhaben, deren Umsetzung daher nur in einem langwierigen Prozess gelingen kann. Und das, was möglich war, hat die Koalition gestern auf den Weg gebracht. Der Koalitionsvertrag wird abgearbeitet, wie bei der Lohngleichheit von Frauen und Männern. Immerhin das.

Neue, zukunftsorientierte Reformvorhaben jenseits der vereinbarten Themen stehen nicht mehr auf dem Programm des Bündnisses. Was daran liegt, dass beide Parteien ihren politischen Schwerpunkt langsam, aber sicher verschieben – ihr Handeln orientiert sich immer stärker an der Bundestagswahl in einem Jahr. Da bleibt wenig Platz für neue Gemeinsamkeiten. Zwar sind die Koalitionäre nach ihrem Gipfel darum bemüht gewesen, das Gegenteil zu beteuern. Doch die Zeit der Abgrenzung voneinander hat klar begonnen.

In nächster Zeit werden deshalb drei wichtige Wegmarken die Zusammenarbeit der großen Koalition bestimmen. In Berlin geht man davon aus, dass ein Kandidat für die Nachfolge von Bundespräsident Joachim Gauck innerhalb der kommenden Wochen gefunden sein wird. Die Zeichen stehen diesbezüglich ein letztes Mal zwischen Union und

SPD aufeinander. Freilich darf man das nicht falsch interpretieren. Das hat nur wenig mit Lust auf eine neue große Koalition zu tun. Sondern dahinter verbirgt sich die Erkenntnis, dass das Land gespalten ist wie selten, und Parteingezänk um das höchste Staatsamt diese Kluft womöglich noch vertiefen könnte. Also sucht man in dieser Personalfrage derzeit den Konsens. Und das ist in der jetzigen Situation auch richtig so.

Die Entfremdung beginnt bald

Nach der Kandidatenkür wird die großkoalitionäre Entfremdung aber vorangetrieben werden. Anfang November findet der Parteitag der CSU statt, auf dem die Christsozialen mit Macht ihr Alleinstellungsmerkmal als einzige Regionalpartei mit bundespolitischem Anspruch zur Schau stellen werden. Gegen Angela Merkel, gegen die SPD, vor allem aber gegen die AfD und für ihre Stammwählerschaft. Im Dezember folgt dann der CDU-Parteitag, auf dem Merkel wieder zur Bundesvorsitzenden gewählt werden will. Dort dürfte sie auch ihre erneute Kanzlerkandidatur verkünden.

Danach wird der Druck auf die SPD so groß sein, dass sie die Benennung ihres Anwerbers auf das Kanzleramt kaum länger hinauszögern kann. Und es wird aller Voraussicht nach Parteichef Sigmar Gabriel werden. Spätestens dann beginnt der Bundestagswahlkampf endgültig. Auch am Kabinettstisch.

► m.rose@zeitungsverlag-aachen.de



Karikatur: Gerhard Mester

Noch keine Lust auf Wahlkampf

Der Koalitionsgipfel beschließt eine Mini-Steuerreform und Strafverschärfungen bei Einbruchdiebstahl. Ende Oktober gibt es ein neues Spitzentreffen zur Rente. Über die Gauck-Nachfolge schweigt man sich aus.

VON WERNER KOLHOFF

Berlin. Der Koalitionsgipfel litt gestern unter einem Problem: Finanzminister Wolfgang Schäuble weilte zur Weltbanktagung in Washington. Überall da, wo die Finanzierung von Vorhaben strittig ist und die Dinge mit ihm nicht vorbesprochen waren, konnte es deshalb nicht recht vorangehen. Woanders aber sehr wohl. Vor allem die SPD konnte zufrieden sein. Hier die Themen:

► **Mini-Steuerreform:** Die im Kanzleramt versammelten Partei- und Fraktionsvorsitzenden haken nur noch ab, was am Mittwochabend Kanzlerin Angela Merkel, SPD-Chef Sigmar Gabriel und Schäuble (kurz vor seinem Abflug) in einem Vorgespräch schon geklärt hatten: Eine Mini-Steuerreform. Die Entlastung von insgesamt 6,3 Milliarden Euro soll Anfang 2017 wirksam werden. Kern ist die Anhebung des Steuergrundfreibetrages, des sogenannten Existenzminimums auf 9000 Euro im Jahr. Auch das Kindergeld erhöht sich dadurch, um zwei Euro. Die Anpassung an die steigenden Lebenshaltungskosten ist verfassungsrechtlich ohnehin vorgeschrieben, es ist also keine echte Steuerreform. Durch den Schritt wird aber auch die Wirkung der Kalten Progression gemildert. Die SPD setzte noch eine Anhebung des Kinder-

zuschlages um zehn auf 170 Euro für Familien mit geringem Einkommen durch.

► **Unterhaltsvorschuss:** Auch hier erzielte die SPD einen Erfolg. Der staatliche Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende, deren Partner säumig sind, soll künftig nicht nur bis zum zwölften, sondern bis zum 18. Lebensjahr des Kindes bezahlt werden – und das länger als sechs Jahre, was bisher die Obergrenze war. Allerdings muss noch mit den Ländern wegen der Finanzierung gesprochen werden.

► **Entgeltgleichheit:** Das Thema konnte man auch ohne Schäuble entscheiden – und tat es. Firmen ab 200 Mitarbeitern müssen den Beschäftigten auf Verlangen künftig die gleiche Bezahlung für gleiche Posten von Frauen und Männern nachweisen und dokumentieren. Die Betriebsgröße war lange umstritten gewesen. Die CSU nahm nach dem Gipfel für sich in Anspruch, den ursprünglichen Entwurf von Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) „stark entbürokratisiert“ zu haben. Die SPD sprach von einem „Durchbruch“.

► **Renten:** Hier ging es gleich um eine ganze Reihe von Themen und sehr viel Geld: Die langfristige Sicherung des Rentenniveaus, die Betriebsrenten, die Erwerbsminde-

rungsrente, die Mütterrente und die Ost-West-Rentenangleichung. Beschlossen wurde nur ein Fahrplan. Bis Ende Oktober will man bei einem neuen Gipfel entscheiden, welche der Vorhaben in dieser Legislaturperiode noch umgesetzt werden sollen, und welche nicht. Aus Teilnehmerkreisen hieß es, Ziel sei es, die Rente so weit wie möglich aus dem Bundestagswahlkampf herauszuhalten.

► **Innere Sicherheit:** Das war ein CDU-Anliegen. Die Koalition kam überein, ein von Innenminister Thomas de Maizière (CDU) vorgelegtes Paket weitgehend umzusetzen. Dazu gehört nicht nur die Aufstockung der Bundespolizei und des BKA, sondern auch eine Strafverschärfung bei Einbruchdiebstahl. De Maizière und Justizminister Heiko Maas (SPD) sollen nun einen Vorschlag machen. Ebenfalls soll die Behinderung oder der Angriff auf Polizisten und Rettungskräfte im Einsatz schärfer geahndet werden. Bei der Versorgung unbegleiteter jugendlicher Flüchtlinge sollen die Länder stärker über Art und Umfang der Leistungen bestimmen können – eine Forderung der CSU.

► **Majestätsbeleidigung:** Nachdem die Staatsanwaltschaft Mainz die Anzeige des türkischen Präsidenten Erdogan gegen den Satiriker Jan Böhmermann niedergeschla-

gen hat, steht einer Abschaffung des Paragrafen nun nichts mehr im Wege. Es soll nur noch die formale Einspruchsfrist abgewartet werden. Die Union will den Eindruck vermeiden, sie beschneide Erdogans Rechte durch eine nachträgliche Änderung des Paragrafen. Im Januar soll die Reform in den Bundestag.

► **Schulsanierung:** Die SPD stellte ihre Forderung nach einem Schulmodernisierungsprogramm des Bundes vor. Neun Milliarden sollen 2017 bis 2021 dafür zur Verfügung stehen. Das sogenannte Kooperationsverbot im Grundgesetz müsste allerdings zuvor aufgehoben werden, denn Bildung ist eigentlich Ländersache. Keine Entscheidung.

► **Die Nachfolge von Bundespräsident Joachim Gauck:** Angebracht wurde darüber nicht gesprochen. „Wir haben immer daran gedacht, aber nicht darüber geredet“, sagte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. Für die Klärung einer so heiklen Personalfrage war die Runde auch viel zu groß. Es nahmen neben den drei Parteichefs und den drei Fraktionsvorsitzenden auch Kanzleramtsminister Peter Altmaier und wechselnd bei ihren Themen die jeweiligen Fachminister teil. Die Atmosphäre wurde übereinstimmend als „sehr gut“ bezeichnet.

ZUR PERSON

„Hervorragende Wahl“



► ANTONIO GUTERRES
Designerter
Generalsekretär
der UN

Der UN-Sicherheitsrat hat den früheren portugiesischen Ministerpräsidenten António Guterres (67) gestern offiziell für das Amt des Generalsekretärs der Vereinten Nationen nominiert. Das Gremium habe per Akklamation entschieden, Guterres als Nachfolger von Ban Ki Moon für die Amtsperiode von 2017 bis 2021 vorzuschlagen, sagte der russische UN-Botschafter und derzeitige Ratspräsident Witali Tschurkin nach einer Sitzung des Gre-

miums in New York. Damit hat Guterres, der frühere Chef des UN-Flüchtlingshilfswerks, den Posten des UN-Chefs so gut wie sicher.

Die UN-Vollversammlung muss über die Personalie zwar auch noch abstimmen, das gilt aber als Formalie. Das 193 Mitgliedstaaten zählende UN-Plenum hat in der rund 70-jährigen UN-Geschichte eine solche Personalie noch nie blockiert.

Guterres würde den Posten dann zum 1. Januar vom derzeitigen UN-Generalsekretär Ban übernehmen, dessen zweite Amtszeit zum Jahresende ausläuft. „Ich kenne Herrn Guterres sehr gut und halte ihn für eine hervorragende Wahl“, sagte Ban am Donnerstag in Rom. (dpa)

AKTUELLES STICHWORT

Europäischer Grenzschutz

EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos hat den Start für die neue europäische Agentur für Grenzschutz an Bulgariens EU-Außengrenze zur Türkei freigegeben. „Wir haben eine gemeinsame Verantwortung, die EU-Außengrenzen zu sichern“, sagte Avramopoulos gestern am größten bulgarisch-türkischen Grenzübergang bei Kapitan Andrewo. Die bisherige EU-Grenzschutzagentur Frontex werde ab sofort zur neuen Agentur für Grenz- und Küstenwache.

Bulgariens Regierungschef Boiko Borissov rief die EU zu Zusammenarbeit mit der Türkei in der Flüchtlingskrise auf. „Die Türkei muss Europas strategischer Partner bleiben“, betonte er auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Avramopoulos. Es gebe keine Grenzpolizei, die mit mehreren Millionen Migranten fertigwerde. Vor der Schließung der sogenannten Balkanroute im Frühjahr sei Europa zu einem Hof ohne Zäune geworden.

Am Grenzpunkt bei Kapitan Andrewo wurden Fahrzeuge, Wärmebildkameras und Beamte der neuen Agentur vorgestellt, die die EU-Außengrenze stärker vor illegalen Übertritten von

Flüchtlings aus der Türkei sichern sollen. Die Europäische Grenz- und Küstenwache nahm damit weniger als ein Jahr, nachdem die EU-Kommission eine solche Einrichtung vorgeschlagen hatte, an Bulgariens Grenze zur Türkei offiziell ihre Arbeit auf.

Die Zahl der ständigen Mitarbeiter der neuen EU-Grenzschutzagentur soll im Vergleich zur bisherigen Frontex mehr als verdoppelt werden. Der neuen Agentur wird außerdem eine rasch mobilisierbare Reserve von mindestens 1500 Grenzschutzbeamten zur Verfügung gestellt werden. Die neue EU-Grenzschutzagentur habe mehr Befugnisse, um effektiver zu handeln, bekräftigte Frontex-Chef Fabrice Leggeri.

Um illegal aus der Türkei in die EU gelangende Flüchtlinge zu stoppen, verlängert Bulgarien derzeit einen Drahtzaun entlang der 259 Kilometer langen Landgrenze. Der Zaun soll bis Jahresende komplett fertig sein. In der Flüchtlingskrise wird das ärmste EU-Land mit Finanzhilfen in Millionenhöhe aus Brüssel unterstützt. Seit Jahresbeginn wurden in Bulgarien gut 13 000 Flüchtlinge registriert. (dpa)

GASTKOMMENTAR

Pflegerkräfte sind schuld? Die Situation in Heimen ist komplexer.

Der Pflegewissenschaftler Manfred Borutta nimmt in seinem Gastkommentar Bezug auf das Interview mit dem Pflegekritiker Claus Füssek, das in unserer Zeitung am 30. September veröffentlicht wurde:

In der Beschreibung der Missstände der stationären Altenpflege ist Claus Füssek sicherlich zuzustimmen. In der Analyse und vor allem in der personifizierten Zuschreibung auf Pflegekräfte aus meiner Sicht jedoch nicht.

Die durch das Pflegeversicherungsgesetz eingeleitete Kommerzialisierung der Pflege („Ökonomisierung“ wäre hier eine allzu beschönigende Worthülse) treibt seit über 20 Jahren ihre Blüten: 44 Prozent der Pflegeeinrichtungen sind nicht tarifgebunden beziehungsweise bezahlen ihre Mitarbeiterinnen auf der Basis eines sogenannten Haustarifvertrags – überwiegend in den privatwirtschaftlich ausgerichteten Pflegekonzernen. Und dies in einem Beruf, in dem an der Basis zu 85 Prozent Frauen arbeiten.

Diese sehen sich tagtäglich in ihrer Arbeit mit pflegebedürftigen Menschen in Situationen gegenüber, die eine Mehrheit der Menschen in unserem Land nicht dauerhaft sehen oder erleben möchte. Die vorwiegend weibli-



Manfred Borutta

Prof. für Gerontologie an der Katholischen Hochschule NRW, Abteilung Aachen

chen Pflegekräfte arbeiten wiederum zu mehr als 55 Prozent in Teilzeit. Und dies nicht, weil sie es sich finanziell leisten können, sondern, weil sie dadurch Familie und Beruf halbwegs koordiniert bekommen. Sie sind de facto eben nicht nur Pflegekraft, sondern häufig auch noch Mutter und private Pflegeperson ihrer eigenen (Groß-)Eltern.

Füssek nimmt im Interview vom 30. September überwiegend die Pflegekräfte als Berufsgruppe kollektiv in der Verantwortung für die pflegerischen Missstände in den Heimen. Diese würden schweigend zusehen, wie die Missstände zunehmen. Sie müssten „reagieren“ oder „notfalls kündigen“. Er erwartet, dass sich Pflegekräfte „mit den Angehörigen und Patienten solidarisieren“. Wer in einem einzigen Interview sieben Mal das Verb „müssen“ in Bezug auf Pflegekräfte verwendet, sollte sich fragen, ob er die Komplexität der Si-

tuation in den Heimen hinreichend erfasst hat.

Der hochgradig reglementierte berufliche Alltag von Pflegekräften und ihre betriebliche Einbindung lassen sich nun mal nicht mit dem – auf freiwilliger Basis vollzogenen – Engagement von Ehrenamtlerinnen in der Flüchtlingsarbeit vergleichen. Füssek erkennt die Wirkungsmächtigkeit von organisationalen Zweckbestimmungen (u.a. Gewinnorientierung), ausgeprägter Hierarchie und organisationsinternen Mitgliedschaftsregeln, mit denen man sich als Pflegekraft in einem Pflegeunternehmen wie den Altheimen konfrontiert sieht. Aber er erkennt vor allem, dass der Mut, den er von den Pflegekräften erwartet, zunächst von Einzelnen organisiert und riskiert werden muss; ein Mut, der jedoch auch von anderen Berufsgruppen (von Führungskräften, Ärzten, Betreuern, Richtern, Verwaltungsmitarbeitern u.a.) kaum stärker als in homöopathischen Dosen aufgebracht wird.

Zivilcourage verlangt nicht nur viel Mut, sie kommt die einzelnen Akteure in einer auf Organisationsmacht aufgebauten Gesellschaft in der Regel auch teuer zu stehen. So ist es ja auch nicht die

gesamte Berufsgruppe der Systemadministratoren, die den NSA-Skandal aufgedeckt hat. Die Edward Snowdens sind in unserer Gesellschaft rar geworden. Denn ihnen verweigern Gesetzgeber und Unternehmen die Unterstützung und den erforderlichen Schutz. Dabei sind es in aller Regel Pflegekräfte und Angehörige, die die kritikwürdigen Zustände den Aufsichtsbehörden melden, wenn auch vorwiegend anonym.

Wir brauchen einen Paradigmenwechsel, der die Gewinnorientierung in der Pflege radikal beendet und eben nicht weiterhin Großkonzerne besser schützt als die ihnen anvertrauten Menschen – Pflegebedürftige ebenso wie Pflegekräfte. Der Gesetzgeber in NRW hat es zudem in der Hand, ein fachliches Anforderungsprofil an die (zu 40 Prozent unzureichend qualifizierten) Leitungskräfte in der Pflege sowie verbindliche Personalschlüssel im Wohn- und Teilhabegesetz vorzugeben; das hat er 2014 bewusst unterlassen. Und die Tarifpartner haben es in der Hand, dort Tarifverträge abzuschließen, wo jetzt noch Basar-Mentalität zulasten der Pflegekräfte herrscht.

► an-politik@zeitungsverlag-aachen.de